

Linz, 4. Jänner 2026



**Ja! zum
Grüngürtel**

volksbefragung-linz.at

Überschießende Polizeikontrollen im Grüngürtel-Camp - im Auftrag der Stadt Linz

In den vergangenen Tagen waren die Teilnehmer:innen des Grüngürtel-Camps am Linzer Bergschlosspark regelmäßig mit überschießenden Polizeikontrollen konfrontiert, die sachlich unbegründet sind. In der Nacht von 3. auf 4. Jänner wurde um halb 11 von Polizeibeamten gefordert, dass die Innenräume des Zeltens durchsucht werden könnten, um zu zählen, ob genug Personen anwesend sind. Solche Kontrollen sind tagsüber im Freien durchaus Routine, nachts und in der Privatsphäre der dort schlafenden Menschen jedoch eine Schikane und abgesehen von Gefahr im Verzug nicht erlaubt. Tatsächlich wurde für die Vorgehensweise auch keine Rechtsgrundlage genannt. Vor allem nicht hinnehmbar ist jedoch, dass ausschließlich männliche Beamte selbst den Bereich, in dem eine Frau sich aufhält, durchsuchen wollten. Im Nachgang - um halb 12 - fuhr ein weiteres Mal ein Streifenwagen mit lautstarkem Motor direkt am Zelt vorbei. Diese Form der Ruhestörung könnte man auch Psychoterror nennen.

Auftraggeber: Die Stadt Linz

Wie sich heute herausstellte und auch per Videomitschnitt dokumentiert ist, gehen diese Amtshandlungen letztlich vom Magistrat der Stadt Linz aus. Bei einer erneuten polizeilichen Kontrolle am Sonntag, 4.1. wurde von einem Polizeibeamten wörtlich ausgesagt, dass sie einen Bericht an die Stadt Linz machen müssten, wenn das Zelt - zu einer Zeit, wo sämtliche Versammlungsteilnehmende im Freien waren - nicht erneut von innen inspiziert werden könnte. Es muss nicht erwähnt werden, dass solche Einflussnahme der Stadt auf die Polizei in skandalöser Weise die Gewaltentrennung missachtet und in einem Rechtsstaat nicht hinnehmbar ist. Gleichzeitig zeigt sich darin, dass die Stadt mit allen Mitteln versucht, die Versammlung "loszuwerden" - nachdem die rechtlichen Gründe der Bezugnahme auf vermeintliche Privatfläche (der Bergschlosspark ist jedoch öffentlicher Grund) für eine Untersagung offenbar nicht ausreichen.

Rechtliche Stellungnahme betont Vorrang des Versammlungsrechts

Diesen Punkt verdeutlicht nicht zuletzt eine Stellungnahme des Rechtsanwalts Dr. Helmut Blum an die Polizei Linz, in welcher ausgesagt wird, dass das Camp auch nach dem 1.1.2026 vom Versammlungsrecht gedeckt ist und dementsprechend weiter an der angemeldeten Fläche abgehalten werden kann. Das Magistrat Linz hatte zuvor über die Polizei aufgefordert, die Örtlichkeit zu ändern.

Bereits Schikanen der Stadt in der Vergangenheit

Die Vorgangsweise der Stadt Linz in Verantwortung von Bürgermeister Dietmar Prammer reiht sich jedoch ein in frühere Maßnahmen. Am 31.12. wurde ein Silvesterfest beim Camp angekündigt, welches von der Website "Linztermine" ohne Begründung wieder gelöscht wurde. Einer nicht beim Camp aktiven Person wurde eine Markenrechtsverletzung für die Verwendung eines "Linz"-Logos mit gefällttem Baumstamm angedroht. Und schließlich wurde gerade zu Weihnachten von der Fa. Strasser wohl im Auftrag der Stadt Linz sämtliche

Grabkerzen, die auf den Baumstümpfen aufgestellt worden, abräumen lassen - ein bösesartiges Zeichen, dass die Trauer um die gefällten Bäume keinen Platz hat.

Camp bleibt

Der Einsatz für Grünflächen in unserer Stadt und eine funktionierende Verkehrspolitik bleibt wichtig wie eh und je. Das Handeln der Stadt Linz zeigt, dass die Verantwortlichen vom Widerstand verunsichert sind und anstelle von Argumenten mit Schikane entgegenhalten. Das Camp bleibt bestehen und mit ihm der Einsatz für eine lebenswerte Stadt und eine Volksbefragung zur weiteren Finanzierung der A26, bei der die Linzer:innen endlich selbst mitbestimmen können.

Für Rückfragen:

Christian Leckschmidt

Sprecher - Volksbefragung „Ja! zum Grüngürtel“

0677 / 61174549